

# REGION

## „Ohne aktives Erinnern droht Vergessen“

„Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939–1945“:  
Wie die Politik in Stadt und Kreis die Ausstellung unterstützen will

Von Michael Brakemeier

**Göttingen.** Die Finanzierung der Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939–1945“ ist ungewiss. Um die Stelle eines Bildungsreferenten ab 2025 zu finanzieren, müssten Stadt und Landkreis Göttingen einspringen. Bislang hatte die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten (SnG) die Stelle komplett finanziert, kann ab 2025 aber nur noch die Hälfte der Kosten übernehmen.

Aus diesem Grund hat die Geschichtswerkstatt als Trägerin der Ausstellung entsprechende Förderanträge an die Verwaltungen von Stadt und Landkreis gestellt. Die Politik im Rat und Kreis muss darüber nun in den laufenden und bald anstehenden Haushaltsberatungen entscheiden.

### Das sagen die Fraktionen im Kreistag

■ **SPD:** Fraktionschef Thorsten Heinze kündigt an, sich in den kommenden Haushaltsverhandlungen für eine Förderung der Ausstellung seitens des Kreises einzusetzen. Sie sei ein „einzigartiges Angebot und in dieser Zeit wichtiger als je zuvor“. Der politischen Radikalisierung und dem politischen Rechtsruck könne nur entgegengewirkt werden, „wenn früh über die Verbrechen des NS aufgeklärt wird“, sagt Heinze. Hier leiste die Ausstellung gerade heute einen wertvollen Beitrag.

■ **Grüne:** Auch die Grünen kündigen an, sich dafür einzusetzen, dass der Landkreis gemeinsam mit der Stadt Göttingen und vielleicht weiteren Partnern die anteilige Finanzierung sichert. Vor dem Hintergrund des zunehmenden rechter Gewalt seien Orte wie die Ausstellung wichtig – gerade auch als außerschulischer Lernort zum Thema Nationalsozialismus und Zwangsarbeit. In der Ausstellung sei sehr konkret zu erfahren, was das System Zwangsarbeit für den Einzelnen bedeutet habe und auch, dass diese „mitten unter uns, in unserer eigenen Nachbarschaft stattgefunden hat“.

■ **CDU:** Die CDU im Kreistag will erst nach einer umfassenden Prüfung während der Haushaltsberatungen über einen Zuschuss des Kreises entscheiden. Erst dann könne der nötige Überblick über den finanziel-



Die Zukunft der Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939–1945“ in Göttingen ist gefährdet.

FOTO: PHILIPP KUECHLER

len Spielraum gebildet werden. Auch will die CDU zunächst wissen, ob und in welchem Umfang die Stadt Göttingen sich an einer Finanzierung beteiligt. Die Wichtigkeit der Ausstellung betont aber auch sie: Sie spiele eine zentrale Rolle in der historisch-politischen Bildung des Landkreises Göttingen und sei besonders wichtig, „um jungen Menschen demokratische Werte und historische Zusammenhänge näherzubringen“.

■ **BSW:** Unterstützung bei der Finanzierung der Stelle kommt auch von der BSW-Fraktion. „Die Bedeutung der Ausstellung ist nicht hoch genug einzuschätzen: Mehrsprachig und aus einer europäischen Perspektive ist die Ausstellung, die einzige überhaupt in der Stadt und im Landkreis Göttingen, die sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Opfer beschäftigt“, sagt Eckhard Fascher, Vorsitzender der BSW-Fraktion. Vor dem Hintergrund des „Wegsterbens von Zeitzeugen“ und eines zunehmenden

Rechtsextremismus gelte es, die Erinnerungen an die NS-Zeit wach zu halten.

■ **FDP:** „Ohne aktives Erinnern droht Vergessen“, sagt Thomas Carl Stiller für die FDP. Eine weitere Förderung der Ausstellung sei unerlässlich, „um der historischen Wahrheit ihren Platz zu sichern und sie stark im Gedächtnis des Heute und Morgen zu verankern“. Der Weckruf müsse von jeder Generation neu gehört und verinnerlicht werden. „Orte der Tat müssen erkennbar bleiben, wo es angefangen hat“, sagt Stiller. Daher werde die FDP die Förderung der Ausstellung unterstützen.

■ **Freie Wähler:** „Gerade in dieser Zeit, wo antisemitische Äußerungen wieder hoffähig geworden sind, muss das Geschehen der NS-Zeit wieder deutlicher in die Gesellschaft transportiert werden“, sagt Ingrid Rüngeling von den Freien Wählern. Daher werde sich ihre Fraktion für eine Förderung der Ausstellung einsetzen.

### Das sagen die Fraktionen im Rat der Stadt

■ **Haushaltsbündnis:** Die Fraktionsvorsitzenden des Haushaltsbündnisses Olaf Feuerstein (CDU), Elvan Tekindor-Freyjer (SPD) und Thorben Siepmann (FDP) wollen den anstehenden Haushaltsberatungen nicht vorgreifen. Sie betonen, dass der Erinnerungskultur und der Aufarbeitung des Zweiten Weltkriegs eine wichtige gesellschaftliche Rolle zukomme. Sie würden „nichts unversucht lassen, um die bestmöglichen Lösungen für unsere Stadt und die Menschen, die in ihr leben, zu finden“.

■ **Grüne:** Die Ratsfraktion kündigt an, sich in den Haushaltsverhandlungen für die Förderung der Ausstellung einzusetzen. Die Co-Fraktionsvorsitzende Susanne Stobbe betont die Verantwortung der Göttinger dafür, „dass die Grauen der NS-Zeit, die in Südniedersachsen begangen wurden, nicht in Vergessenheit geraten“. Die Förderung aktiver Erinnerungskulturen vor Ort

spiele dabei eine zentrale Rolle. In Zeiten von Rechtsruck und Geschichtsrevisionismus am rechten Rand seien solche Ausstellungen wichtiger denn je, „um geschichtsverzerrenden Erzählungen mit Fakten entgegenzutreten“, erklärte Julian Schlumberger, Co-Fraktionsvorsitzender.

■ **Linke:** Die Linke-Ratsfraktion betont die Einmaligkeit der Göttinger Zwangsarbeiterausstellung. Stadt und Landkreis sollten bei der Finanzierung zusammenarbeiten. Der zentrale Standort der Ausstellung direkt in Göttingen müsse erhalten bleiben. Das Thema der Ausstellung dürfe angesichts eines Rechtsrucks in der Gesellschaft nicht zu den Akten gelegt werden. Rechtsextreme und nationalistische Strömungen versuchten oft, Geschichte zu verzerren und ein revisionistisches Geschichtsbild zu verbreiten, so die Fraktion. Diese Narrative schafften nicht nur Feindbilder, sondern trügen auch dazu bei, die Demokratie zu untergraben.

## Lkw-Unfall auf A7 bei Northeim

Fahrer wurde über Steckleiter gerettet

Von Lea Lang

**Northeim.** Auf der A7 zwischen Echte und Northeim-Nord hat sich am Montag gegen 4.30 Uhr ein Unfall ereignet. Nach Angaben einer Sprecherin der Autobahnpolizei Göttingen sei ein Lkw umgestürzt. Bis zum Mittag waren nur zwei Fahrspuren Richtung Kassel befahrbar. Seit kurz nach 14 Uhr ist die Autobahn wieder frei.

Der Fahrer des Lkw blieb augenscheinlich unverletzt, konnte das Fahrzeug selbst aber nicht mehr verlassen und wurde über eine Steckleiter gerettet, teilte Konstantin Mennecke für die Kreisfeuerwehr Northeim mit.

Autofahrer sollten heute sehr vorsichtig fahren, der Nebel schränkt die Sicht erheblich ein.

Zur Höhe des Schadens ist bisher nichts bekannt.



Ein Lkw ist auf der A7 umgekippt.

FOTO: KONSTANTIN MENNECKE / KREISFEUERWEHR NORTHEIM

## Dritter Brand im selben Keller

Heiligenstadt: Feuerwehr rückt aus

Von Lea Lang

**Heiligenstadt.** In einem Wohnblock an der Dürerstraße in Heiligenstadt (Landkreis Eichsfeld) haben am Sonntagabend im Keller abgestellte Gegenstände gebrannt. Nach Angaben des Feuerwehrsprechers Thomas Müller seien die Kameraden um 17.44 Uhr alarmiert worden. Die Adresse war den Feuerwehrleuten ein Begriff – bereits im Juni und Juli löschten sie Feuer im betroffenen Keller.

Zum Löschen des Feuers am vergangenen Wochenende gingen vier Feuerwehrleute unter Atemschutz über zwei Zugänge in den Keller. „In kürzester Zeit“ sei es ihnen gelungen, den Brand zu löschen, so Müller. Der Rauch beschäftigte die Helfer länger, da auch alle Wohnungen im Block auf Brandgase kontrolliert werden mussten. Eineinhalb Stunden lang waren 21 Einsatzkräfte vor Ort.

Die Höhe des entstandenen Schadens beläuft sich ersten Erkenntnissen der Polizei zufolge auf einen Wert im geringen fünfstelligen Bereich. Warum das Feuer ausbrach, ist nun Gegenstand der weiteren Ermittlungen. Die Polizei bittet Zeugen, sich bei der Polizei in Heiligenstadt unter Telefon 03606/6510 zu melden.



21 Einsatzkräfte der Feuerwehr Heiligenstadt haben am Sonntag einen Kellerbrand bekämpft.

FOTO: FEUERWEHR HEILIGENSTADT

## Entstehen bald überall Strohhaus-Siedlungen?

Neues Dorfgemeinschaftshaus aus Stroh in Erbsen hat laut Architektin wichtige Vorbildfunktion

Von Elena Everding

**Erbsen.** Ein Haus mit Wänden aus Strohballen: Was ausgefallen klingt, ist in Erbsen (Flecken Aderleben) im Landkreis Göttingen Realität. Für ihren „Pioniergeist“ hatte Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte (Grüne) die Menschen hinter dem neuen Dorfgemeinschaftshaus (DGH) gelobt. Ende September feierte das erste öffentliche Gebäude Deutschlands in sogenannter lasttragender Strohballen-Bauweise Richtfest. Die Strohhaus-Expertin Anna Dienberg glaubt, dass solche Bauten den Grundstein legen könnten für weitere Strohhäuser – denn die sind bisher eine Seltenheit.

Vorteile hat die Bauweise einige: Der Rohstoff Stroh dämmt besonders gut und hält daher die Heizkosten niedrig, ist günstig – und als Nebenprodukt der regionalen Landwirtschaft sowieso verfügbar. Zudem speichert er CO<sub>2</sub> und hat damit eine viel bessere Klimabilanz als beispielsweise Beton. Warum also entstehen

nicht mehr solche Gebäude oder ganze Siedlungen? Ganz so einfach sei es nicht, sagt Dienberg, die zusammen mit dem Architekturbüro Bröll & Dienberg aus Nörten-Hardenberg das Projekt in Erbsen umsetzt.

„Die Strohbauweise ist in Deutschland erst einmal nicht allgemein zugelassen – dadurch gibt es Hürden, die mit Mehrkosten und Mehrarbeit verbunden sind“, erklärt die Architektin-Absolventin, die sich in ihrem Studium und in ihrer Masterarbeit mit dem Thema beschäftigte. Wer ein Gebäude in lasttragender Strohballen-Bauweise errichten will, muss einen Sonderantrag bei der Obersten Baubehörde stellen und entsprechende Gutachten einholen. Auch in Erbsen war das Projektteam mit viel Bürokratie konfrontiert – zumal bei einem öffentlichen Gebäude die Vorgaben noch einmal strenger seien als etwa bei einem privaten Einfamilienhaus. „Es ist alles sehr träge in Deutschland“, sagt Dienberg.

Zudem gebe es ihr zufolge bisher nur wenige Expertinnen und Exper-



Keine zwei Wochen hat es gedauert, bis im Sommer der Rohbau des Stroh-DGHs in Erbsen stand. Inzwischen hat das Gebäude ein Dach.

FOTO: BRÖLL & DIENBERG ARCHITEKTINNEN

ten für die Strohbauweise und auch kaum schriftliches Wissen, was die Sache zusätzlich erschwere. Auch Dienberg war im Studium mehr oder weniger zufällig darauf gestoßen, erzählt sie. „Das ist eine Nische“, die sie aber direkt fasziniert habe.

Einfamilienhäuser aus Strohballen gebe es in Deutschland bereits, noch mehr aber in der Schweiz. „Die Schweiz ist bei den Genehmigun-

gen weiter“, so Dienberg. Auch vierstöckige Strohhäuser stehen bereits. Bei solchen ambitionierten Vorhaben müssten die Architekten und Handwerker besonders die Statik im Blick behalten. „Hier ist es umso wichtiger, symmetrisch zu arbeiten.“

Projekte wie das DGH in Erbsen hätten Vorbildcharakter, sagt die Fachfrau – denn für mehr Gebäude aus Stroh brauche es neben mehr

Forschung auch gebaute Beispiele. „Es ist wichtig, dass die Leute mit der Bauweise in Kontakt kommen, sie kennenlernen.“ Regelmäßig begegneten Menschen der Strohbauweise mit Skepsis. „Die ersten Fragen sind immer nach dem Brandschutz und Ungeziefer.“ Beides sei aufgrund der fest gepressten Ballen und der Verkleidung mit Putz kein Problem, erklärt die Dienberg. Auch seien die Häuser alles andere als kurzlebig. Um 1900 seien in den USA die ersten Strohballen-Gebäude gebaut worden, einige von ihnen stünden immer noch.

Auch wenn es technisch möglich wäre: Dass in naher Zukunft in den Städten und Dörfern das Strohhaus die klassischen Einfamilienhäuser ersetzt, bezweifelt Dienberg jedoch – und hofft es im Grunde auch nicht. „Wir haben ein großes Problem mit Flächenversiegelung, es gibt zu viel Neubau.“ Das Stroh sei eine gute Alternative zu anderen Bauweisen wie dem Beton, aber auch nur eine von vielen. „Es ist kein Allheilmittel.“